

## **Kürzerer Text**

### **Klares Signal für eine Trendwende setzen - Für die Steuerfreiheit des Existenzminimums eintreten**

Den Trend andauernder Umverteilung von Unten nach Oben stoppen und klare Haltesignale in die Gesellschaft senden, das haben die Delegierten des Bundesparteitages in Bielefeld beschlossen. Dieser Willen manifestiert sich u.a. in der Forderung nach Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro

Das ABSP als zivilgesellschaftlicher Akteur und Mitinitiator dieses Antrages bittet nun die Landes- und Kreisverbände der Partei die Linke um Aufnahme dieses Beschlusses in die Wahlprogramme und Forderungskataloge auf den entsprechenden Ebenen.

Wir bitten insbesondere die Parteitage und Delegiertenvertretungen um geeignete Unterstützung dieses Beschlusses und regen an diesen Beschluss auch zum Auswahl- und Handlungskriterium zu erheben, z.B. dadurch dieses bei Aufstellung und Wahl von VertreterInnen für Landtags-, Kreis- und Stadtfractionen zu berücksichtigen. Wir bitten um nichts Weniger als um die Überführung dieses Beschlusses in das politische Tagesgeschäft.

Uns ist klar, dass DIE LINKE immer wieder vor der Frage der Regierungsbeteiligung, neuerlich sogar der Regierungsführung steht. Bitte macht die Forderung nach Steuerfreiheit des Existenzminimums zu einem entscheidenden Kriterium dafür. Das Eintreten für Steuerfreiheit des Mindestlohns kann ein deutliches Achtungszeichen an die Öffentlichkeit für den Weg in eine andere Politik sein, sie kann eine Haltelinie der Umverteilungspolitik werden.

Die Forderung nach Steuerfreiheit des Existenzminimums ist Bestandteil unserer Kampagne 500 - 10. Wir treten ein für 500€ Eckregelsatz Hartz IV und 10 € steuerfreien Mindestlohn. Wir helfen euch gern mit unserem Argumentationsmaterialien und sind für weitergehende Gespräche offen. Nachfolgend finden sie Ausführungen und Quellen zur Thematik...

das Plenum des ABSP im Herbst 2015  
der SprecherInnenrat des ABSP

aus dem Beschlusstext des Bielefelder Parteitages...:

### **Kompetenz Steuergerechtigkeit: Reichtum umverteilen, Steuerflucht bekämpfen und in die Zukunft investieren**

Es geht uns um soziale Gerechtigkeit. Deshalb ist es für uns auch von zentraler Bedeutung, für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen zu kämpfen. Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, dass nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung das reichste Prozent noch viel reicher ist als gedacht und rund ein Drittel des Gesamtvermögens besitzt, ist für DIE LINKE eine völlig inakzeptable Entwicklung. Sie ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökonomisch falsch. Denn mit einer gerechteren Verteilung und Besteuerung der Reichen und Vermögenden könnten sowohl Menschen mit durchschnittlichem Einkommen steuerlich entlastet, als auch in zentrale Zukunftsbereiche der Gesellschaft wie Bildung, Erziehung, Gesundheit, Pflege und die Energiewende investiert werden. Daher fordert DIE LINKE:

- die Lohnsteuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns. Dazu ist der monatliche Grundfreibetrag der Einkommensteuer so weit anzuheben, dass der Betrag, den jemand verdient, der in Vollzeit (38,5 Std./Woche) mit gesetzlichem Mindestlohn arbeitet, nicht besteuert wird. Dies gilt ebenso für das Einkommen aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis zu dieser Höhe. Das Existenzminimum darf nicht mehr besteuert werden.
- die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer auf Vermögen in Höhe von fünf Prozent oberhalb einer Million Euro.
- eine Reform der Erbschaftsteuer mit deutlich höherem Steueraufkommen.
- eine steuerliche Gleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und Kapitalerträgen.
- Steuerflucht und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Dafür muss der Steuervollzug bundesweit vereinheitlicht und mehr Fachpersonal eingestellt werden.
- den Investitionsstau abbauen und in die Zukunft investieren. Selbst die Schuldenbremse, die DIE LINKE ablehnt, lässt 2015 rund 25 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen des Bundes zu. Stattdessen verkommt die öffentliche Infrastruktur.
- ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Milliarden Euro für sozial-ökologischen Umbau,
- inklusive Bildung, digitale barrierefreie Infrastruktur (Breitband), Pflege und Gesundheit.
- eine gerechte Finanzierung der Sozialsysteme durch eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.